

Meldungen

zusammengestellt von Theo Ebberts und Thomas Stukenberg

Menschenrechtskurse für Polizei

Als die 'National Human Rights Commission' (NHRC) kürzlich Distrikt-Polizeichefs aus ganz Indien zu einer Tagung nach New Delhi lud, war man sich in der Analyse der Situation schnell weitgehend einig, denn die von der NHRC dokumentierten Zahlen sprechen für sich: Zwischen Ende 1993 und Ende 1995 wurden in Indien 211 Fälle von "Tod im Polizeigewahrsam" registriert, und die Dunkelziffer dürfte noch wesentlich höher liegen. Als naheliegende Lösung wurde vorgeschlagen, die Polizei zum Besuch von Kursen in der Einhaltung von Menschenrechten zu verpflichten. Themen der Kurse, die noch in diesem Jahr beginnen sollen, werden u.a. "Ethische Fragen der Exekutive", "Frauenrechte" sowie "Artikel 21 der indischen Verfassung (Menschenrecht auf den Schutz des Lebens und der persönlichen Freiheit)" sein. Skeptiker befürchten, daß sich durch die Lehrgänge nicht viel ändern wird, da die meisten Polizisten über die Rechtslage sehr wohl informiert seien, diese aber bewußt ignorierten. Kuldip Nayar, Präsident der Menschenrechtsorganisation 'Citizens for Democracy,' sieht eher strukturelle Gründe: "Die Polizei wird oft von der jeweils regierenden Partei als Unterdrückungsinstrument mißbraucht."

Um die Abhängigkeit der Polizei von der Politik zu beenden, hatte die 'National Police Commission' schon seit 1979 - erfolglos - die Einrichtung unabhängiger 'State Security Commissions' gefordert. Diese sollten auch von Mitgliedern der Oppositionsparteien besetzt sein und so die Unabhängigkeit der Polizei glaubwürdiger überwachen können. Doch noch immer ist es gängige Praxis, Polizeibeamte, die unabhängig agieren und so den regierenden Parteien unbequem werden, zu versetzen. Eines der prominentesten Opfer einer solchen Politik, Indiens wohl bekannteste Polizistin Kiran Bedi, die sich in Delhi für Reformen im Strafvollzug eingesetzt hatte, weist auf Mängel im Strafverfolgungssystem hin: "Die Durchsetzung von Recht und Ordnung sollte von der polizeilichen Fahndung getrennt werden. Auch die Ausbildung der Polizei ist absolut unzureichend."

Die Polizei ihrerseits wendet ein, daß angesichts der schlechten Arbeitsbedingungen - eklatanter Personalmangel, 617 Polizisten haben 1993 im Dienst ihr Leben verloren, Zwölf-Stunden-Arbeitstag - Überreaktionen im Dienst ver-

ständig seien. Die NHRC hält daher die Lehrgänge sowie die Verpflichtung von Polizeibeamten, ihre etwaigen Opfer zu entschädigen, als Sensibilisierung für notwendig und sinnvoll.

Ausbeutung traditionellen Wissens der Adivasi

Die Insel Little Andaman gehört zu den etwa 300 Inseln der vor der Südostküste Indiens gelegenen Inselgruppe der Andamanen und Nicobaren. Hier leben die letzten etwa einhundert Mitglieder der Volksgruppe der Onge, die zu den Adivasi (Ureinwohnern Indiens) oder im offiziellen Sprachgebrauch "scheduled tribes" gezählt werden (zu den Ureinwohnern der Andamanen siehe 'Südasiens' 8/93).

Während das Volk der Onge bislang lediglich für Ethnologen von Interesse war, ist das traditionelle Onge-Wissen seit kurzem Ziel eines weiterreichenden Forscherdranges. Forscher hatten beobachtet, daß die Onge erstaunlich resistent gegen die gefährlichsten Formen von Malaria sind. Seit indische Wissenschaftler nun herausfanden, daß der Extrakt einer Pflanze, den die Onge traditionell gegen Fieber und Durchfall anwenden, für ihre Widerstandskraft gegen Malaria verantwortlich ist, befürchteten Umweltschützer den Raubbau an dieser Pflanze und am Wissen der Onge. "Weil sie sehr einfache Menschen sind, die ihr Wissen sehr freigebig mitteilen", befürchtet Samir Acharya von der 'Society for Andaman and Nicobar Ecology' (SANE), daß der Nutzen der Pflanze ihnen nicht zugute kommen wird.

Mit einer Mißachtung ihrer Menschenrechte haben die Onge wie die meisten indischen Ureinwohner schon rege Erfahrung gemacht. Seit Anfang diesen Jahrhunderts haben zuerst die Briten, später Inder vom Festland die Andamanen und Nicobaren besiedelt und dem empfindlichen Ökosystem teilweise schweren Schaden zugefügt. Die von den indischen Wissenschaftlern nun "neu entdeckte" Pflanze ist deshalb von so großem Wert für die Malariaphylaxe und damit für die Profite der Pharma-Industrie, weil ihr Wirkstoff Resistenz gegen einen Typen des Erregers verspricht, dem bisher mit keinem bekannten Mittel beizukommen war. Angesichts von Zeitungsmeldungen neuer Malaria-Epidemien in den Bundesstaaten Westbengalen und Bihar, von denen mindestens 50.000 Menschen betroffen

sein sollen - 10.000 Todesopfer 1995 allein in Bihar -, dürften die Onge nun zusätzlich unter moralischen Druck geraten, ihr traditionelles Wissen preiszugeben.

Die Bedrohung der Onge steht exemplarisch für die Situation der meisten Adivasi Indiens. Wie eine jüngste Studie des 'United Nations Development Programme' (UNDP) belegt, partizipieren die Ureinwohner nur zu weniger als 0,001 Prozent an dem Marktwert ihres eigenen traditionellen Heilwissens, der auf über 43 Milliarden US-Dollar geschätzt wird. Wesentlich mitverantwortlich für dieses krasse Mißverhältnis ist nach Ansicht indischer Umweltaktivisten das internationale Patentrechtssystem, das es multinationalen Konzernen erlaubt, sich den monopolistischen Zugriff auf traditionelle Ressourcen zu sichern (siehe auch 'Südasiens' 8/94 zur 'Gene Campaign'). Auch "Schutzverträge" der Art, wie sie z.B. das US-Pharmaunternehmen Merck mit einer costaricanischen Nichtregierungsorganisation abgeschlossen hat, lehnt SANE ab, da für die Onge bei solchen Verträgen praktisch nichts abfällt.

SANE und andere Umweltgruppen auf den Andamanen hoffen und kämpfen deshalb dafür, daß die indische Regierung der Unterzeichnung der Artenschutzkonvention Taten folgen läßt und die Onge angemessen an der staatlichen Entwicklungsplanung beteiligt. Zur Entspannung könnte die jüngste Entwicklung einer weiteren pflanzlichen Droge durch den 'Indian Council of Medical Research' (ICMR) beitragen. Wissenschaftler des ICMR haben den Wirkstoff einer chinesischen Pflanze zu einem Malaria-Heilmittel extrahiert.

Tourismus auf Kosten von Adivasi?

Die weitreichenden Pläne der Landesregierung Madhya Pradeshs, mehr in- und ausländische Touristen anzulocken, bedrohen die Lebensgrundlagen der Bewohner von etwa 25 Dörfern, bei denen es sich vor allem um sogenannte 'Tribals' handelt, die schon einmal ihre Heimat im Namen von Entwicklung verloren. Damals mußten sie ihre Dörfer aufgeben, um dem Tawa-Staudammprojekt Platz zu machen. Nun plant die Regierung, den Stausee durch das Angebot von Wassersportmöglichkeiten als Touristenziel attraktiv zu machen und die umliegenden Gebiete in ein Tigerreservat zu verwandeln. Werden diese Pläne verwirklicht, verlieren die

schon einmal umgesiedelten Adivasis nicht nur ihre Fischereirechte auf dem Stausee, die ihnen nun ihren Lebensunterhalt sichern, sondern müssen auch wieder ihre Dörfer verlassen, sofern sie in dem geplanten Tigerreservat liegen. Haben die Adivasis den Staudammabau vor Jahren noch widerstandslos hingenommen, so sind sie jetzt entschlossen, für ihre Rechte zu kämpfen. Eine erste Demonstration für ihre Rechte wurde zwar im Dezember von der Polizei brutal niedergeknüppelt, doch sorgte die Unterstützung der Aktion durch die bekannte Menschenrechtsaktivistin Medha Patkar für soviel Publizität, daß die Landesregierung Madhya Pradeshs angesichts bevorstehender Wahlen sich zunehmend unter Druck gesetzt fühlt. Schon haben die Adivasi mit einem Boykott der Wahlen gedroht, falls auf ihre Forderungen nicht eingegangen werde.

Wahlkampf und "Heilige Kühe"

Mitten im laufenden Wahlkampf hat der 'Vishwa Hindu Parishad' (= Weltrat der Hindus; VHP) ein altes Thema wieder neu entdeckt, mit dem man nach Aussagen von VHP-Präsident Vishnu Hari Dalmia hofft, die Wahlen zu Gunsten der hindu-nationalen 'Bharatiya Janata Party' (BJP) beeinflussen zu kön-

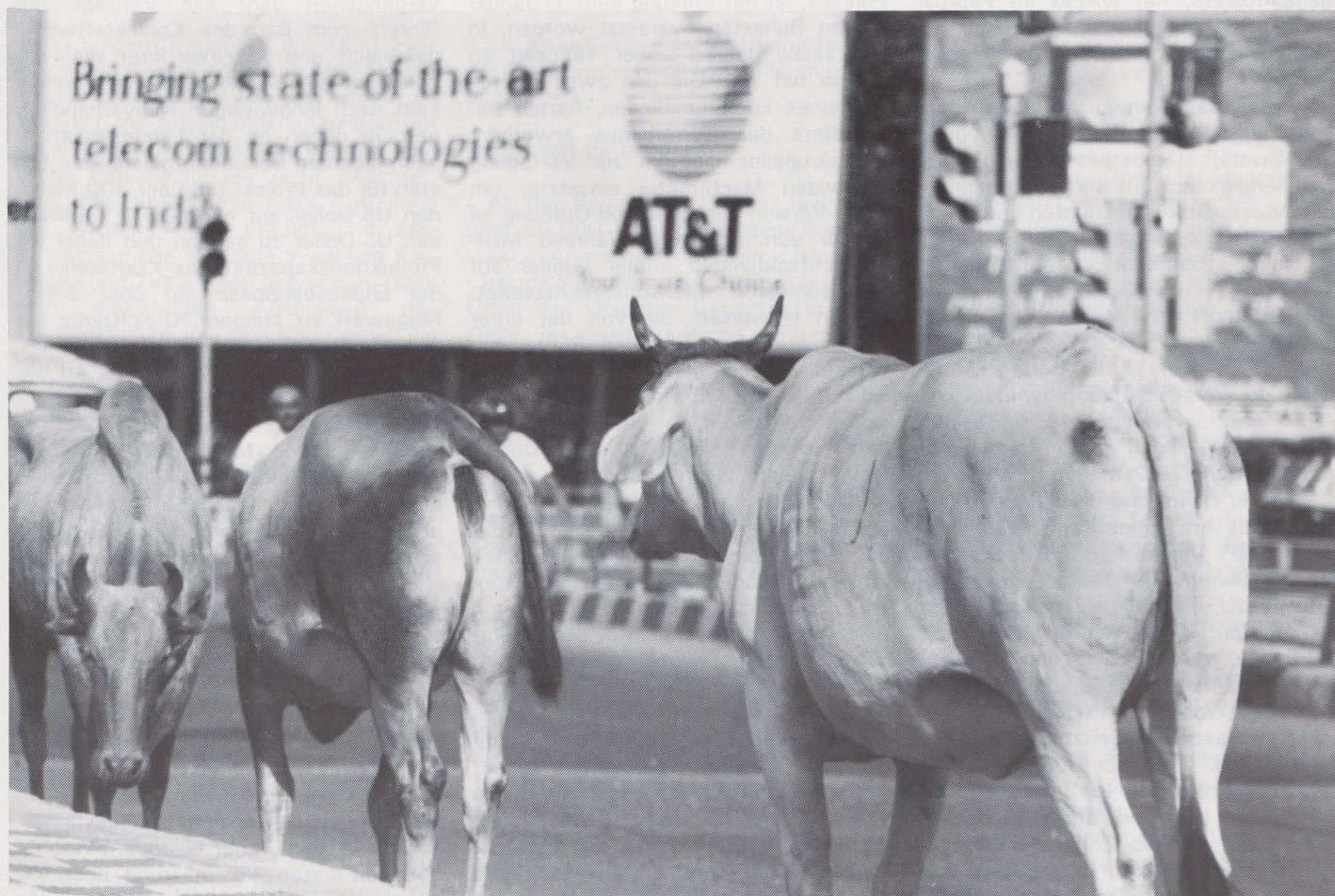
nen: Der VHP und seine Frontorganisation 'Bajrang Dal' haben dazu aufgerufen, "um jeden Preis in einem Kampf bis zum Ende", so VHP-Generalsekretär Ashok Singhal, die Transporte von Kühen in die Schlachthöfe zu verhindern. Der 'Bajrang Dal' stellt zu diesem Zweck 100.000 Freiwillige zur Verfügung, die im Verhindern des Schlachtens von Kühen trainiert werden.

Kritiker werfen dem VHP vor, er sei nicht ernsthaft um das Wohl der Kühe besorgt, sondern betreibe ausschließlich Wahlkampf. Die Auseinandersetzung ist nicht zuletzt ein Spiegel für den Wandel der Wertvorstellungen in der indischen Gesellschaft: Während die Verehrung der Kuh als "heilig" gerade in ländlichen Regionen noch ebenso weit verbreitet ist, wird sie in den städtischen Zentren zunehmend als Störfaktor gesehen die den freien Verkehrsfluß stören und zu Unfällen führt. Doch auch in der Landwirtschaft, wo die Kuh über Jahrhunderte als Zugtier ökonomischen Nutzen stiftete, wird sie seit der "Grünen Revolution" in vielen Regionen zusehends durch Maschinen verdrängt, sodaß sie an "Wert" für die Bauern verliert. "Modernisierer" argumentieren außerdem, daß sich Indien eine wachsende Anzahl von Kühen angesichts knapper werdender Futterressourcen und ökologischer Zerstörung nicht leisten könne.

Über die tatsächliche ökologische Zerstörung, die die 272 Millionen indischen Kühe hervorrufen, ist allerdings genauso wenig bekannt, wie darüber, inwieweit seit der "Weißen Revolution", der von der Europäischen Gemeinschaft in den 70-er und 80-er Jahren geförderten "operation flood", europäische anspruchsvolle schwarz-bunte Hochleistungskühe die indischen Rassen verdrängen.

Frauen gegen Tourismusausbau

"Wir wollen nicht, daß Kerala zu einem zweiten Thailand wird, erklärten Vertreterinnen verschiedener Frauenorganisationen aus Kerala zum Auftakt einer Kampagne gegen einen weiteren Tourismusausbau in Kerala. Eine Sprecherin nach der anderen warnte bei dem Treffen der Aktivistinnen vor der mit dem Tourismus einhergehenden Zunahme von Alkohol, Drogen und Prostitution. Frauen dürften nicht zu einem Konsumartikel für Vergnügungsreisende werden. Der Tourismus bringe die eigene Kultur in Gefahr, so die Meinung der Anwesenden. Befürchtet wird insbesondere, daß über 5.000 Bauern und Bäuerinnen, die vom Anbau des weltbekannten Bekal-Tabaks leben, umgesiedelt sowie tausende von Dheevara-Fischerfamilien entwurzelt werden.



Indiens "heilige" Kühe: Zwischen Tradition, moderner Technologie und Störfaktor für den freien Verkehrsfluß (Foto: Walter Keller)

In einem ersten Schritt wollen die rund 75 Frauenorganisationen aus allen 14 Distrikten Keralas eine Haus-zu-Haus-Kampagne lancieren, um Frauen über die versteckten Gefahren des Tourismus und die Notwendigkeit einer sorgfältigen Entwicklungsplanung auf diesem Gebiet zu informieren. Auch Widerstandsaktionen gegen einen ungehemmten Tourismusausbau, welcher die Kultur und das moralische Gefüge Keralas bedrohen, sind vorgesehen (Arbeitskreis Tourismus und Entwicklung/Basel)

Neues NGO-Bündnis

Unter dem Namen 'National Alliance of People's Movements' (NAPM) haben sich eine Reihe von mehr oder weniger bekannten Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Graswurzelbewegungen zusammengeschlossen. Gruppen wie 'Azadi Bachao Andolan', 'Himalaya Bachao Andolan', 'National Fishworkers Forum', 'Bhopal Gas Peedit Mahila Udyog Sangathna', 'Chilika Bachao Andolan' oder 'Narmada Bachao Andolan' eint das Gefühl der Bedrohung durch die vorherrschende indische Wirtschafts- und Entwicklungspolitik und durch multinationale Konzerne. Auf einem indienweiten Protestzug gegen die Vertreibung von Hunderttausenden durch Mega-Projekte, rief NAPM im Februar und März 1996 auch zu einem entwicklungspolitischen Paradigmenwechsel auf.

Man will damit erneut an die von Mahatma Gandhi eingeleitete Bewegung für 'Swaraj' (Selbstbestimmung) und Unabhängigkeit von der vorherrschenden Industriekultur anknüpfen und durch das Bündnis außerparlamentarisch auch auf die indische Politik Einfluß nehmen.

'Republican Party' wieder zurück

Am 28. Januar 1996 - dem 49. Jahrestag der Verabschiedung der indischen Verfassung - veranstaltete die 'Republican Party of India' (RPI) in Bombay eine eindrucksvolle Demonstration für die Rechte der Dalits und eine gemeinsame Dalit-Politik im Bundesstaat Maharashtra: Die RPI war in den 1940-er Jahren von Dr. Bhimrao Ambedkar, einem der "Väter" der indischen Verfassung und Vorkämpfer für die Rechte der Dalits, gegründet worden. Seit den 1960-er Jahren fristete die RPI, die nur in Maharashtra zu Wahlen antritt, ein kaum beachtetes Dasein im Schatten der 'Congress'-Partei. Nach der Übernahme der Regierungsgeschäfte in Bombay durch 'Shiv Sena' (SS) und 'Bharatiya Janata Party' (BJP), hat die 'Congress'-Partei in Maharashtra jedoch an Bedeutung und Popularität bei den Dalits verloren. Da

es der SS-BJP-Regierung bisher kaum gelungen ist, Dalits von der Einheit aller Hindus zu überzeugen, trägt die Gegnerschaft zur SS-BJP-Allianz zum Zusammenhalt der verschiedenen RPI-Fraktionen bei. Hierdurch dürften die Chancen für eine dritte Kraft neben der Rechten und der 'Congress'-Partei steigen, bei den bevorstehenden Wahlen in Maharashtra Punkte zu gewinnen. Eine solche 'third front' könnte sich aus RPI, RPI (Ambedkar), 'Progressive Democratic Front' (PDF), 'Samajwadi Party' (SP) und eventuell weiteren linken Parteien bilden. Prakash Ambedkar, Sohn von Dr. Bhimrao Ambedkar und Chef der RPI (Ambedkar), hat vor allem die von der Regierung Rao eingeleitete wirtschaftliche Öffnung Indiens zum Westen, zu seinem Wahlkampfthema gemacht. Wie auch Teile der SS-BJP-Regierung, sieht Ambedkar in der 'New Economic Policy' vor allem Nachteile für die Schwächsten der indischen Gesellschaft, vor allem für die Dalits. Ob mit dieser Argumentation in Maharashtra, mit seinen Industrie- und Handelszentren und Bombay als dem "Gateway of India" zum Westen, Wahlen zu gewinnen sind, bleibt abzuwarten.

Punjab's "Supercop" im Ruhestand

K.P.S. Gill, der umstrittene Polizeichef Punjab's, ist mit Wirkung vom 1. Januar in den Ruhestand versetzt worden. In den sechs Jahren seiner Tätigkeit im Punjab hat sich Gill den zweifelhaften Ruf eines kompromißlosen, harten Bekämpfers des Terrorismus erworben, der skrupellos die ihm zur Verfügung stehenden Machtmittel einsetzte, um seine Version von Ruhe und Ordnung im Punjab durchzusetzen. Während Menschenrechtsaktivisten immer wieder auf die schweren Menschenrechtsverletzungen hinwiesen, die von der unter seiner Aufsicht stehenden Polizei begangen wurden, galt er in der Öffentlichkeit lange Zeit beinahe als Held, dem es zu verdanken sei, daß im Punjab heute wieder Frieden herrsche. Dieses Image bekam einen ersten Riß, als im August vergangenen Jahres der damalige Ministerpräsident des Punjab's, Beant Singh, durch einen Bombenanschlag ums Leben kam. Gill, der für die persönliche Sicherheit Singhs verantwortlich war, wurde seither auch in der Öffentlichkeit kritisiert, wozu vor allem auch Vorwürfe wegen "schlechten Benehmens" - im Klartext: sexueller Belästigung - einer Beamtin des 'Indian Administrative Service' beigetragen haben. Entscheidend für seine Absetzung dürfte aber wohl der Nachfolger Beant Singhs und neue "Chief"-Minister des Punjab's, Harcharan Singh Brar, gewesen sein, dem die oftmals illegalen Methoden der

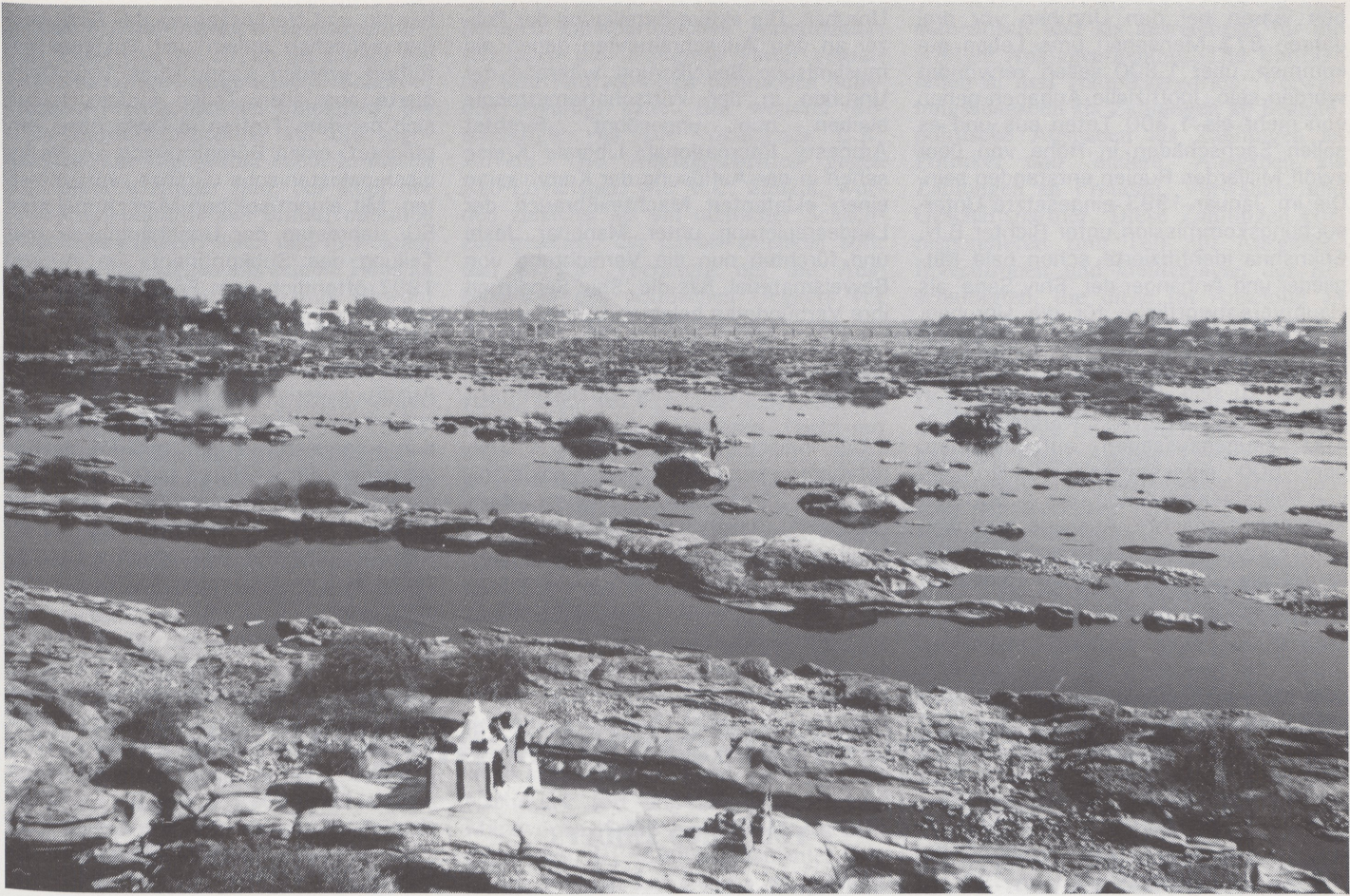
Terrorismusbekämpfung durch Gill zu weit gingen. Schon bei seiner Amtsübernahme hatte Brar angekündigt, dafür sorgen zu wollen, daß sich auch Polizei und Sicherheitskräfte wieder an die herrschenden Gesetze zu halten haben. Mit der Ernennung O.P. Sharmas zum neuen Polizeichef versucht Brar, dieses Ziel umzusetzen und die Polizei des Punjab's wieder auf rechtsstaatliche Prinzipien zu verpflichten. Ob Sharma dies gelingen wird, bleibt abzuwarten. Aus Polizeikreisen mehren sich die Hinweise darauf, daß sich verschiedene Extremistengruppen im Punjab neu formieren und es wird die Befürchtung geäußert, der Mordanschlag auf Singh sei ein erster Hinweis auf neue Taktiken dieser Gruppen.

Enron baut Kraftwerk

Der us-amerikanische Konzern 'Enron' kann nun doch das umstrittene Kohlekraftwerk in Dabhol, Maharashtra, bauen. Dies wurde von Maharashtra's Ministerpräsident Manohar Joshi während einer Pressekonferenz Anfang Januar bekannt gegeben. Kurz nach dem Wahlerfolg von 'Shiv Sena' und 'Bharatiya Janata Party' (BJP) in Maharashtra und der Ablösung der 'Congress'-Regierung unter Sharad Pawar, hatte die neue Landesregierung im vergangenen Jahr alle Verträge mit 'Enron' zum Bau des Kohlekraftwerks gekündigt und so eines ihrer Wahlversprechen eingehalten. Die Kehrtwende kam nach langwierigen Neuverhandlungen, in denen es der Landesregierung nach eigenem Bekunden gelang, die Kosten für das Projekt um über 300 Millionen US-Dollar auf nunmehr 2,5 Milliarden US-Dollar zu senken und dabei die Produktionskapazität des Kraftwerks in der Endausbauphase auf über 2.400 Megawatt zu steigern. Gleichzeitig sei es gelungen, den Preis, zu dem 'Enron' den Strom verkaufen will, von 2,40 Rupien auf 1,86 Rupien pro Einheit zu senken. Mit dieser Entscheidung sendet die Landesregierung Maharashtra's Signale aus, daß die Haltung der hindu-chauvinistischen, nationalistischen Parteien BJP und 'Shiv Sena' gegenüber ausländischen Investoren doch nicht so starr ist, wie ihre politische Rhetorik manchmal vermuten läßt.

Streit um Cauvery-Wasser

Demonstrationen, Streiks, Verhaftungen, Gerichtsurteile - zu einem beinahe jährlich wiederkehrenden Ritual hat sich der Streit um die Nutzung des Cauvery-Wassers zwischen den Bundesstaaten Karnataka und Tamil Nadu entwickelt. Seit der ersten Vereinbarung über die Aufteilung des Wassers des 760 Kilo-



Immer wieder kommt es zwischen Karnataka und Tamil Nadu zum Streit um das Wasser der Cauvery (Foto: Walter Keller)

meter langen 'Cauvery', die 1892 zwischen den Regierungen von Madras und Mysore unterzeichnet wurde, kommt es alljährlich zu Auseinandersetzungen um die Nutzung des Wassers, werden politische Entscheidungen nicht beachtet, juristische Anweisungen zur Aufteilung des Wassers nicht befolgt und zwischenstaatliche Verträge zwischen Karnataka und Tamil Nadu gebrochen. Nach dem diesjährigen Ausbleiben des Wintermonsuns in Tamil Nadu sehen die dortigen Reisbauern ihre Ernte gefährdet, wenn Karnataka sich weigert, mehr Wasser abzugeben.

Angesichts des bevorstehenden Wahlkampfes hat nun Premier Rao in diese Auseinandersetzung eingegriffen und Karnataka angewiesen, sechs Milliarden Kubikfuß Wasser an Tamil Nadu weiterzuleiten. Damit hat sich der politische Sturm um das Wasser zumindest zeitweise wieder gelegt, doch der Konflikt ist noch lange nicht gelöst. Hierzu müßten in beiden Bundesstaaten, vor allem aber in den Reisanbaugebieten Tamil Nadus, grundlegende Änderungen im Wassermanagement und bei den vorherrschenden Bewässerungspraktiken vorgenommen werden.

Daß hierzu Möglichkeiten bestehen, haben Experten längst deutlich gemacht. Doch mangelt es dazu wohl vor allem an politischem Willen, läßt sich

doch insbesondere in Wahlkampfzeiten der Streit vortrefflich in Wählerstimmen ummünzen.

Recht auf Einbürgerung

Als den Beginn eines Sieges feiern die über 65.000 im nordöstlichen Bundesstaat Arunachal Pradesh lebenden Chakma-Flüchtlinge aus Bangladesh ein Urteil des Obersten Gerichtes in New Delhi, das ihnen das Recht einräumt, die indische Staatsbürgerschaft zu beantragen. Die Landesregierung Arunachals wird verpflichtet, sie als indische Staatsbürger anzuerkennen. Das Urteil ist der vorläufige Höhepunkt von Auseinandersetzungen um eine Verlängerung der Aufenthaltsgenehmigung der Chakmas, nachdem die 'All Arunachal Pradesh Students Union' schon mehrfach eine Ausweisung der Flüchtlinge gefordert hatte. Diese Forderung, denen die Studenten mit massiven Drohungen gegen Chakmas Nachdruck verliehen haben, wurden von der vom 'Congress' gestellten Regierung des Bundesstaates unterstützt. Das Gerichtsurteil weist die Regierung nun jedoch an, "Leben und persönliche Freiheit eines jeden in dem Bundesstaat lebenden Chakmas zu schützen". Jeder Versuch einer Zwangsrückführung der Chakmas nach Bangladesh werde unter Umständen

durch den Einsatz der Polizei oder paramilitärischer Kräfte verhindert werden.

Nun auch noch Ford

Nach Daimler, Opel und anderen internationalen Autoproduzenten, wird nun auch Ford in Indien mit der Autoherstellung beginnen. Ende Februar legte Tamil Nadus Ministerpräsidentin Jayalitha den Grundstein für eine Produktionshalle, aus der Anfang 1998 die ersten Ford-Fiesta-Modelle rollen sollen. Nach Unternehmensverlautbarungen wird der hier produzierte Fiesta zu 70 Prozent aus in Indien gefertigten Bauteilen bestehen, nur 30 Prozent müßten importiert werden. Ford und sein indischer Partner, der Jeep-Produzent Mahindra, erwarten von ihrem Projekt neben der Schaffung von 10.000 direkten Arbeitsplätzen die Entstehung von weiteren 20.000 in Zulieferbetrieben.

Keine weitere Untersuchung der Bombay-Unruhen

Die 'Shiv-Sena'/BJP-Regierung in Maharashtra hat mit sofortiger Wirkung die Untersuchungskommission aufgelöst, die die kommunalistischen Unruhen untersuchen sollte, von denen Bombay im Dezember 1992 und Januar 1993 erschüttert wurde. Nach offiziellen Anga-

ben waren bei den Unruhen vor drei Jahren 872 Menschen ums Leben gekommen, über 1.800 sollen verwundet worden sein. Inoffizielle Angaben gehen von mehr als 1.300 Toten aus und es sollen Sachschäden in Höhe von über zwölf Milliarden Rupien entstanden sein. Die im Januar 1993 eingesetzte Untersuchungskommission unter Richter B.N. Srikrishna identifizierte schon bald Mitglieder und Anhänger der 'Shiv Sena' als Hauptverantwortliche für die Unruhen. Dies scheint nun auch der Hauptgrund für das Ende der Untersuchungskommission zu sein. Die Kommission hat in den drei Jahren ihres Bestehens über 400 Zeugenaussagen aufgenommen, über 500 eidesstattliche Erklärungen von Polizeibeamten und über 1.500 von Zivilisten gemachte Aussage protokolliert. Für Menschenrechtsaktivisten bedeutet die Entscheidung der Regierung ein Schlag ins Gesicht aller Opfer der

Unruhen. Die aktive Beteiligung der Polizei an den Ausschreitungen gegen die muslimische Bevölkerung während der Unruhen in der Wirtschaftsmetropole bleiben nun ungesühnt, fürchtet Amnesty International. Liberale Kreise sehen in der Auflösung der Kommission einen eklatanten Machtmißbrauch der Landesregierung unter Manohar Joshi und fürchten nun die Vernichtung von Beweismaterial, das die 'Shiv Sena' und ihre Verbündeten belasten könnte.

Programm zur Verbesserung der indisch-pakistanischen Beziehungen

Die indischen Teilnehmer und Teilnehmergruppen am indisch-pakistanischen Bürgerdialog (siehe dazu 'Südasiens', 1/96) haben sich Ende Februar in Delhi getroffen und ein gemeinsames Aktionsprogramm beschlossen, mit dem auf indischer Seite eine Annä-

herung und Verbesserung der Beziehungen zwischen Indien und Pakistan gefördert werden kann. Über 100 Delegierte aus allen Teilen Indiens haben sich bei dem Treffen in Delhi dazu verpflichtet, einen Bürgermarsch an die indisch-pakistanische Grenze vorzubereiten. Mit einem solchen Marsch soll zum 50. Jahrestag der Unabhängigkeit und Teilung des Subkontinents im August 1997 öffentlich dem Friedenswillen der indischen Bevölkerung und ihrem Wunsch nach freundschaftlichen Beziehungen zum westlichen Nachbarn Ausdruck verliehen werden. Gleichzeitig soll eine landesweite Unterschriftenaktion organisiert werden, mit der die Regierungen der beiden Länder dazu aufgefordert werden sollen, alle bilateralen Differenzen auf friedlichem Wege zu lösen. Der nächste gemeinsame Bürgerdialog soll im Dezember 1996 in Delhi stattfinden.

Ein Korruptionsskandal schlägt Wellen

von Theo Ebbers

"Wenn ich bei den nächsten Wahlen für meine Partei kandidiere und Parlamentsabgeordneter werden will, dann brauche ich Geld, viel Geld," erklärt mir ein befreundeter indischer Politiker bei einem Abendessen in Delhi den jüngsten Korruptionsskandal, der seit Anfang Januar immer weitere Kreise zieht. "Ohne die finanzielle Unterstützung durch Geschäftsleute und Industrielle kann ich doch den Wahlkampf nicht finanzieren - die Partei hat kein Geld. Wenn mir dann jemand 100.000 oder auch eine Millionen Rupien als Spende an die Partei übermittelt, kann ich diese doch nicht ablehnen," versucht mein Bekannter die Annahme von riesigen Geldmengen durch hochrangige indische Politiker zu rechtfertigen. Korruption als Normalfall? Fast scheint es so, denn umgerechnet mehr als 27 Millionen Mark sollen von 1988 bis 1991 in die Taschen von Bürokraten und Politikern geflossen sein, darunter der 1991 ermordete ehemalige indische Premierminister Rajiv Gandhi und der amtierende Premier Narasimha Rao. Mit der Ausstellung von Haftbefehlen gegen zehn hochrangige Politiker, darunter vier ehemalige Minister, hat der wohl bisher größte Korruptionsskandal in der Geschichte des unabhängigen Indiens Ende Februar einen vorläufigen Höhepunkt erreicht.

Schon seit 1991 liegen dem indischen 'Central Bureau of Investigation' (CBI) Dokumente vor, die belegen, daß die

Industriellenfamilie der Jains zwischen 1988 und 1991 große Geldsummen an Politiker aller Parteien gezahlt hat. Die "Jain-Tagebücher", als die diese Dokumente der indischen Öffentlichkeit bekannt geworden sind, lesen sich wie ein "who is who" der politischen Szene Indiens. 114 Empfänger großzügiger Geldspenden der Jains werden in den Büchern in verschlüsselter Form aufgelistet. Zweifelsfrei identifiziert wurden inzwischen 23 hohe Beamte und Regierungsangestellte und 62 Politiker, von denen einige noch immer Ministerposten innehaben oder Parlamentsmitglieder sind. Danach hat Rajiv Gandhi im März 1991 20 Millionen Rupien erhalten, an 'Congress'-Politiker wie Bhajan Lal, N.D. Tiwari, Kalpanath Rai, Arjun Singh, V.C. Shukla und andere sind Summen zwischen zehn Millionen und 500.000 Rupien geflossen. Aus den Reihen der oppositionellen 'Bharatiya Janata Party' (BJP) soll - als deren prominentester Vertreter - L.K. Advani zwischen April 1988 und April 1991 sechs Millionen Rupien erhalten haben. Auch Politiker aus der 'Janata Dal' wie S.R. Bommai und Sharad Yadav gehören zu den Empfängern der in den Tagebüchern aufgelisteten Geldzahlungen.

In seinen Vernehmungen durch das CBI gab S.K. Jain, der Kopf der Industriellenfamilie, an, auch Premierminister Narasimha Rao und der ehemalige indische Präsident Venkataraman hätten

von ihm Gelder in Millionenhöhe erhalten. Während diese Anschuldigungen nicht ausreichen, gegen Rao und Venkataraman zu ermitteln, hält das CBI die Tagebucheintragen der Jains als ausreichend beweiskräftig und hat Mitte Januar zunächst gegen zehn Politiker Anklageschriften vorbereitet, denen nun Ende Februar Haftbefehle folgten. Es wird erwartet, daß weitere Politiker, die in den Aufzeichnungen der Jains erwähnt wurden, schon bald mit Anklagen rechnen müssen. Das CBI gibt an, daß von den in den Tagebüchern aufgelisteten Politikern 20 strafrechtlich verfolgt werden könnten, gegen die übrigen reichten entweder die Beweise nicht aus, sie seien inzwischen verstorben oder hätten sich mit der Annahme des Geldes nicht strafbar gemacht, da sie damals keine politischen Ämter oder andere öffentlichen Funktionen inne gehabt hätten.

Anklageschriften politisch motiviert?

Das langjährige Zögern des CBI, den Korruptionsskandal zu untersuchen und gegen die Verantwortlichen vorzugehen und der nun gewählte Zeitpunkt der Anklageerhebung haben in der indischen Öffentlichkeit zu Spekulationen über politische Einflußnahme auf die Untersuchungsbehörde geführt. Bekannt sind die immensen Geldzahlungen der Jains an prominente Politiker und hochrangige Beamte schon seit beinahe fünf Jahren,